Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich. Abend-Ausgabe allein M. 2.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamts der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage M. 12.— netto, für Teilauflage M. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7200. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co.: Leipzig.

Nr. 35 — **Freitag, den 21. Januar** — **1921**

Eine neue Willkür der Rheinlandkommission

Köln, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Rheinlandkommission hat eine Verordnung Nr. 64 erlassen, in der unter dem Vorwande eines möglicherweise notwendigen Belagerungszustandes eine Bestandsaufnahme sämtlicher Transportmittel, Pferde, Wagen, Automobile, Fahrräder, Motorräder usw. verlangt wird, und die sich auch auf alle Vorräte dieser Art, wie auch staatliche und private Fabriken erstreckt. Die Verordnung fordert darüber hinaus, daß die deutschen Behörden die Aufnahme dieser Bestände nach dem von dem militärischen Befehlshaber in den einzelnen Zonen vorgeschriebenen Muster ausführen müssen. Sie bestimmt, daß die deutschen Behörden so viel Bestandsaufnahmen liefern müssen, als die militärischen Stellen zwei Monate nach der Verordnung der Aufnahme verlangen. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat gegen diese Verordnung, die einer völligen Ausplünderung der deutschen Industrie gleichkommt, schärfsten Protest erhoben. In gleicher Weise hat sich der Beirat für die besetzten Gebiete in seiner am 18. Januar in Koblenz stattgehabten Tagung dagegen ausgesprochen. Anscheinend hängt die neue Forderung der Rheinlandkommission mit Mobilmachungsplänen der französischen Heeresleitung zusammen, die in der letzten Zeit eifrig betrieben werden. Im besetzten Gebiet finden Uebungen zur Sprengung der Rheinbrücken statt, und die Ausbildung der französischen Eisenbahner auf den rheinischen Strecken bildet das Schlußglied der Kette, die die deutsche Industrie den militärischen Zwecken Frankreichs dienstbar machen soll.

Eine Erklärung Bergmanns

Paris, 21. Januar. Staatssekretär Bergmann erklärt, die Meldung des „Echo de Paris", er sei mit Jahreszahlungen in Höhe von zwei Milliarden Mark einverstanden, treffe nicht zu.

Verlegung der Verhandlungen von Brüssel nach Paris?

Wie die „Dena"-Agentur hört, geht die Ansicht der Berliner Ententediplomatie dahin, daß die gegenwärtig in Paris stattfindenden Verhandlungen die Fortsetzung der Brüsseler Besprechungen bilden, und daß etwaige noch in der belgischen Hauptstadt abgehaltene Konferenzen einen nur rein formalen Charakter tragen würden. Aus Paris eingelaufene Nachrichten besagen, daß in Paris mehr und mehr eine starke Stimmung sich dafür geltend mache, Paris an Stelle von Brüssel als Ort der Verhandlungen über die Reparationsfrage zu wählen.

Die deutschen Rücklieferungen

Paris, 21. Januar. (Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Rücklieferung des im besetzten Gebiet während des Krieges beschlagnahmten Materials, über deren relativ günstigen Stand wir vor einiger Zeit berichten konnten, werden voraussichtlich infolge einer Erkrankung des deutschen Delegierten, Dr. Guggenheimers, einen kleinen Aufschub erleiden. Es besteht indessen heute Aussicht dafür, daß der Gedanke der Vermeidung von Rücklieferungen, die Deutschlands Leistungsfähigkeit mindern, ohne den Rückempfängern auf verbündeter Seite wahren Nutzen zu bringen, sich durchsetzt. Der deutsche Einspruch gegen die Verpflichtung zur Rücklieferung des rollenden Materials und gegen die Verpflichtung zur Ausbesserung und Instandsetzung des zurückgegebenen Materials ist vom Wiedergutmachungsausschuß nicht anerkannt worden. Es ist aber ganz allgemein ausgesprochen worden, daß die Abwälzung dieser Verpflichtung durch Ersatzabmachungen, die für beide Teile vorteilhaft wären, gebilligt werden könnte. Es ist anzunehmen, daß die schwebenden Verhandlungen bald auf dieser Grundlage zum Abschluß gelangen, und daß entsprechende Verhandlungen zwischen Deutschland und den einzelnen beteiligten Staaten, besonders mit Frankreich, eingeleitet werden. Wegen der Rückgabe der Mobiliargegenstände, die aus Belgien und dem besetzten Frankreich nach Deutschland gebracht worden sind, bestehen große Schwierigkeiten. Dr. Guggenheimer reist heute abend nach Berlin ab, vermutlich um weitere Informationen einzuholen. Wie die Pariser Morgenblätter melden, hat sich der Wiederaufbaukongreß dafür ausgesprochen, daß Deutschland jährlich für eine Milliarde Material zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefere. der Kongreß hat sich aber gegen die Zulassung deutscher Arbeiter nach Frankreich ausgesprochen.

Frankreich verlangt die Auslieferung eines „Kriegsverbrechers"

Stuttgart, 21. Januar. (Eig. Drahtber.) Nach Ermittlungen des Auswärtigen Amtes in Berlin ist dem württembergischen Justizministerium das Verlangen der französischen Regierung zugegangen, den Oberlehrer Jung an der Reformlehranstalt in Waldbad, gegen den vom Landgericht Zabern im Elsaß ein Haftbefehl wegen Mordversuchs und Brandstiftung erlassen worden war, zur Verhaftung auszuliefern. Der Angeschuldigte, der während des Krieges deutscher Divisionspfarrer war, wurde auch in Haft genommen, ist aber dem Amtsgefängnis entflohen. Jung war ehemals französischer Staatsangehöriger.

Niederlage der italienischen Kommunisten

Mailand, 21. Januar. Mit den Reden Ferratis, des Direktors des „Avanti", und Turatis, des Altmeisters des italienischen Sozialismus, hat der Sozialistenkongreß von Livorno seinen Höhepunkt erreicht. Die Niederlage der unversöhnlichen Kommunisten scheint besiegelt.

Ferrati schilderte, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Hartnäckigkeit Moskau auf seinen 21 Punkten bestehe, besonders auf der Austreibung aller gemäßigten Elemente der Partei, und wandte sich an die rechtsstehenden Elemente in der Partei mit der Aufforderung, sich offen zum Kommunismus zu bekennen.

Dann trat Turati für die Einheitlichkeit der Partei in einer wirkungsvollen Rede ein, indem er es als eine Freiheitsbeschränkung hervorhob, wenn die Diktatur des Proletariats eingeführt werde. Gewalt werde nicht benötigt, wenn die Mehrheit durchdringe. Die bürgerlichen Klassen Italiens fürchteten nicht so sehr die Gewalt wie den gesetzlichen Fortschritt des Proletariats. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die jetzige Krise der gemäßigten Richtung über kurz oder lang den Sieg bringen werde. Großer Beifall begrüßte den Schluß der Rede.

Bombacci befürwortete die Loslösung der Kommunisten von den Sozialisten, indem er die russischen Zustände verherrliche. Zum Schluß klagte Parteisekretär Gennari die gemäßigten Mitglieder einer zu großen Hinneigung zum Bürgertum an, wurde aber von Modigliani energisch widerlegt.

Die Verlegung der Forstakademie nach Leipzig im Sächsischen Landtag

△ **Dresden**, 21. Januar. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde zunächst die Frage der Verlegung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig beraten. Mit fast einmütiger Uebereinstimmung sprachen sich alle Redner für den Zusammenschluß der Forstakademie mit Leipzig aus und machten sich im großen und ganzen die Gesichtspunkte zu eigen, die bereits als Meinungsäußerung der wissenschaftlich gebildeten Forstbeamten in der Regierungsvorlage enthalten sind.

Der volksparteiliche Abgeordnete Anders machte einige Vorbehalte und brachte zum Ausdruck, daß man mit denselben Gründen auch den Anschluß der Forstakademie an die Technische Hochschule begründen könnte. Vor allen Dingen aber forderte er für die Mehrausgaben, die durch die Verlegung der Forstakademie überhaupt erwachsen, die Regelung der Deckungsfrage. Daß unabhängige und kommunistische Redner diese äußerst passende Gelegenheit nicht vorübergehen lassen konnten, ohne parteipolitische Agitation zu treiben, versteht sich. Nach einigen Aeußerungen von der Regierungsbank, die im wesentlichen nur Wiederholungen der Vorlage sind, wurde die Vorlage dem Haushaltausschuß A überwiesen, wo sie weiter beraten wird.

Bei der Beratung des Antrages des Haushaltausschusses B, den Erwerbslosen eine einmalige Unterstützung zu gewähren, von der wir bereits in der heutigen Morgenausgabe berichteten, entwickelte sich noch eine außerordentlich langatmige Debatte, die nichts Neues mehr zutage bringen konnte. Bemerkenswert ist nur noch, daß Abg. Blüher (Dtsch. Vpt.) einen Antrag stellte, den Ausschußantrag nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen und den Erwerbslosen durch Erhöhung der laufenden Unterstützungen wirklich zu helfen. Es könne dann ja erwogen werden, die erhöhte Unterstützung mit rückwirkender Kraft eintreten zu lassen. Die Sozialdemokraten sprachen sich entschieden gegen diesen Antrag aus, wobei Arbeitsminister Jäckel nochmals das Wort zwar nicht zur Sache ergriff, aber um auszuführen, daß er mit allen Mitteln bestrebt sein werde, die Beamtenschaft mit sozialistischen Kräften zu durchsetzen. Anlaß dazu gaben ihm einige noch nicht bewiesene Behauptungen des unabhängigen Abg. Bühring, die aber Arbeitsminister Jäckel zu seinem Vorstoß gegen die Beamten benutzte. In einem Artikel der „Dresdner Volkszeitung", die sich gegen das Engagement ausländischer Landarbeiter auf das heftigste wandte, erklärte Ministerialdirektor von Hübel, daß durch die Reichsverordnungen eine derartige uferlose Beschäftigung von ausländischen Landarbeitern durchaus verhindert sei und daß für deren Beschäftigung ganz bestimmte Richtlinien maßgebend seien. Als es aber zur Abstimmung des Antrages Blüher kam, fehlten von seiner Fraktion mindestens zwei Drittel, wodurch auch dieser Antrag wiederum gegen eine knappe Mehrheit der Sozialisten unter den Tisch fiel, dagegen der Ausschußantrag angenommen wurde. Endlich wurde über einen kommunistischen Antrag beraten, der die Regierung ersucht, möglichst schnell einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe in Sachsen vorsieht. Bei Begründung dieses Antrages kamen die weiblichen Abgeordneten aller Parteien zu Wort, die eine wirkliche Hilfe nur in der Errichtung von Entbindungsheimen erblicken, die aber zurzeit wegen der schlechten Finanzlage nicht in ausreichendem Maße gebaut werden könnten. Alle Parteien äußerten sich im übrigen zustimmend zu diesem Antrag und auch die Regierung. Der Antrag wird weiter im Rechtsausschuß beraten.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag, den 25. Januar, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Staatshaushaltplan der Oberrechnungskammer, Uebergriffe von Staatsanwaltschaften und der Post gegen Reichs- und Landesverfassung, Ausschußberichte.

Schluß 2 Uhr.

Ein Vertrauensvotum für Dr. Wirth

Berlin, 21. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth ihr Vertrauen in folgendem Vertrauensvotum ausgesprochen: Gegenüber den Angriffen, die in letzter Zeit aus Anlaß der Erledigung der Beamten- und Arbeiterforderungen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Wirth erhoben worden sind, erklärt die Zentrumsfraktion des Reichstages, daß Minister Dr. Wirth nach wie vor ihr volles Vertrauen besitzt.

Abbau der Einkommensteuer?

Berlin, 21. Januar. Der Reichsfinanzminister trägt sich, wie die „Zentrums-Parl.-Korresp." zuverlässig erfährt, um der Entwertung der Einkommen, namentlich der niederen Einkommen der Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenschaft Rechnung zu tragen, mit dem Plan, einen zeitgemäßen Abbau der Einkommensteuer einzuleiten. Ueber die Absichten der Regierung kann zurzeit jedoch noch nichts Bestimmtes mitgeteilt werden.

In Ergänzung dieser Meldung der Zentrums-Parteikorrespondenz erfahren wir folgendes: Es bestehen im Reichsfinanzministerium zwei Strömungen, die einander in der Frage der Einkommensteuer schroff gegenüberstehen. Eine Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten ist der Ansicht, daß die 10prozentige Steuer, die bekanntlich bei großen Einkommen bis zu einer Höhe von 65 Prozent ansteigt, namentlich bei den minderbemittelten Schichten eine überstarke Belastung bildet, und daß es deshalb kaum zu umgehen sein wird, eine neue Modifizierung vorzunehmen. Von einer andern Seite wird dagegen geltend gemacht, daß die Technik der neuen Reichseinkommensteuer bisher bei den ersten Veranlagungen noch gar nicht in vollem Maße erkannt und ausgenutzt wurde. So sind beispielsweise Fälle vorgekommen, in denen aus besonderen Gründen der Antrag auf Ermäßigung der Steuer gestellt wurde. Außerdem hat der Reichsfinanzminister angeregt, auf besonderen Antrag und nach eigenem Ermessen einzelnen Personen die Steuer völlig zu erlassen. Man ist bei dieser Gruppe der Ansicht, daß es gefährlich wäre, bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine Steuer von so außerordentlicher Bedeutung abzubauen. Es kommt hinzu, daß durch die Reichseinkommensteuer eine Reihe andrer Staatssteuern usw. abgelöst worden sind, und daß die Umstellung auf die neuen Steuersätze, abgesehen von der außerordentlich großen technischen Arbeit, eine Gefährdung des Steuerwesens überhaupt darstellen würde. Ueber diesen außerordentlich wichtigen Gegenstand werden, wie wir hören, noch in diesem Monat im Reichstage Verhandlungen stattfinden.

Hüben und Drüben

Von

Dr. Herz,

Geschäftsführer des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Der Verfasser der französischen Heeresberichte, ein Schriftsteller, der sich Jean der Pierrefeu nennt, hat Erinnerungen aus der Zeit seines Kommandos beim Hauptquartier veröffentlicht. Die zwei Bände enthalten viele fesselnde Einzelheiten aus dem „G. Qu. G." (die drei Buchstaben, die dem Werk den Titel geben, bedeuten: „Grand Quartier Général = O. H. L.).

Im großen und ganzen, im guten und schlechten liefen die Dinge dort ebenso wie bei uns, und man liest nicht, ohne ein wenig ironisch zu lächeln, daß z. B. der Verfasser sich auf der einen Seite über die gefärbten deutschen Funksprüche entrüstet und ein paar Blätter später erzählt, wie er den Tagesbericht habe frisieren müssen. Eines der für uns interessantesten Kapitel handelt von den Meutereien, die im Juni 1917 in nicht weniger als 16 Armeekorps ausbrachen, nachdem Nivelles, „des Blufsäufers", Offensive mißglückt war. Sie begannen genau so wie bei uns die Revolution fünfviertel Jahre später. Die Truppen weigerten sich, in die Feuerlinie zu gehen; Rufe nach dem Frieden wurden ausgestoßen; der Gehorsam wurde den Offizieren verweigert; rote Fahnen wurden gehißt; Soldatenräte wurden gebildet. Auch die Ursachen waren im wesentlichen dieselben wie bei uns. Unzufriedenheit mit der Löhnung, Urlaubsungerechtigkeiten, Erbitterung gegen die Drückeberger, Wut über das Heimkriegertum und die Zeitungen mit ihrer Hetze gegen einen Verständigungsfrieden hatten die Disziplin untergraben. Auch die „defaitistische" Propaganda bei den Urlaubern wurde festgestellt. Nur eines fehlte: die Hungernachrichten aus der Heimat, denen die Mannschaften nicht wie die Offiziere durch Sendungen aus dem Felde abhelfen konnten. An den meisten Stellen schob man die Schuld auf die Gewerkschaften, die Syndikalisten, tobte man gegen die schwache Regierung, die dem Flaumachen nicht rechtzeitig das Handwerk gelegt habe. Die ruhigeren Elemente, zu denen auch Pierrefeu gehört, wiesen darauf hin, daß von einer Verschwörung schon deshalb nicht die Rede sein könne, weil nichts von einer zentralen Leitung zu spüren sei, daß es sich vielmehr um eine Art Berufsstreik handele, wie er seit Cäsars Zeiten in allen Heeren gelegentlich vorgekommen sei. Er habe seinen Ursprung in der Enttäuschung über das Mißlingen der Offensive, von der die ermatteten Heere das Ende des Blutvergießens und der Leiden erwartet hätten. Mit Recht führt Pierrefeu aus, daß es falsch sei, die Menschen als eine Art Automaten anzusehen, die äußeren Triebfedern gehorchen; Ideen und Gefühle könnten leicht in den Geistern und Herzen angesichts gewisser Ereignisse geboren werden.

Von dem Gesetze ausgehend, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen haben müssen, können wir folgern, wenn wir es nicht schon aus Tausenden von schriftlichen und mündlichen Zeugnissen wüßten, daß, nachdem dieselben Mißstände wie im französischen Heere auch im deutschen Heere die Unzufriedenheit genährt hatten, die Enttäuschung über den Fehlschlag der entscheidenden letzten Offensive die Verzweiflung geboren hat, die zu den Revolutionen im Jahre 1918 führte.

Die Analogie geht sehr weit. Zu den Forderungen der französischen Aufrührer gehörte, daß sie die Schützengräben nicht eher zu verlassen brauchten, als die feindlichen Verteidigungsstellungen niedergekämpft waren. Und wie begann der Aufstand in Kiel? Damit, daß ein Teil der Maschinisten streikte, weil sie sich nicht in einen nutzlosen Tod treiben lassen wollten. Was wohl jeder Mensch in seinem Leben einmal durchgemacht hat, daß er sich sagte: „Wozu noch? Es geht doch nicht!", trat hüben wie drüben ein. Wenn es in Deutschland beim Heer und in der Heimat, deren Leiden und Entbehrungen weit, weit schlimmer waren, als die der Feinde, viel später kam als bei jenen, so beweist das, daß Disziplin, Aufopferungsfähigkeit und Vaterlandsliebe bei uns gewiß nicht geringer waren als dort, und daß es schmachvoll ist, wenn Schuldige zur eigenen Entlastung solche niederträchtige Vorwürfe erheben.

Vielleicht war es ein Unglück, daß der kritische Augenblick bei uns so spät eintrat; zu spät, als daß es möglich gewesen wäre, ihn zu überwinden. Hätten wir aber bei uns den richtigen Weg zur Heilung gefunden? Man muß es leider bezweifeln. Aus Ludendorffs Buch wissen wir, daß er über die Klagen der Truppen mit der kühnen Feststellung hinwegging, daß sie unterwühlt, aber in den meisten Fällen als übertrieben und falsch befunden worden wären, aus Noskes Schrift, daß auch ein Mann wie Admiral Souchon das richtige Verhältnis zu den Dingen nicht finden konnte. Anders ging Pétain vor. Es ist eine der nur allzu häufig von unsern Verehrern des „Durchgreifens" verbreiteten Sagen, daß er 10 000 Mann habe hinrichten lassen; es wurde etwa ein Dutzend Aufwiegler erschossen. Pétain nahm Fühlung mit Führern und Mannschaften, half den Mängeln ab und kam den Wünschen der Truppen, auch wenn sie über ihre Rechte hinausgingen, soweit als möglich entgegen. Mit dem Erfolg, daß die Truppen, die gemeutert hatten, sich bald darauf am Damenweg glänzend schlugen. Wie in den meisten Fällen — man lese in Pierrefeus Buch z. B., wie sofort nach der ersten Enttäuschung über den Rückzug auf die Hindenburglinie der Nutzen erkannt wurde, den man für die Propaganda aus der Zerstörung, namentlich der Obstbäume, ziehen konnte, wie die Zensur den Stimmungsinhalt der Soldatenbriefe merkt: —, waren die Franzosen bessere Seelenlenker als wir; nicht umsonst hatten die Romanschriftsteller von Balzac bis France das Seelenleben im Menschen durchforscht.

Man sollte also endlich mit der schon durch das Buch des Volksbeauftragten Barth widerlegten Legende vom „Dolchstoß von hinten" und mit allem, was drum und dran hängt, Schluß machen. Die von Barth gegründeten „illegalen Organisationen" brauchten gar nicht in Tätigkeit zu treten, da der Bau in sich zu-